

Christian Sterzing
Middle East Office
1. Juli 2005

Licht am Ende des Tunnels?

Politischer Jahresbericht Juli 2004 bis Juni 2005
Büros Arabischer Naher Osten, Ramallah

Inhalt:

Zusammenfassung	3
1. Innerpalästinensische Entwicklungen	4
1.1. Abgang eines Mythos: Der Tod Arafats	5
1.2. Volk ohne Staat, aber mit Präsident: Die Präsidentschaftswahlen	5
1.3. Herkules oder Sisyphos? - Mahmoud Abbas vor schwierigen Aufgaben	7
1.4. Am Scheideweg: Fatah zwischen Befreiung und Staatsaufbau	9
1.5. Unaufhaltsamer Aufstieg? - Hamis auf dem Vormarsch	11
1.6. Demokratischer Transformationsprozess auf Raten: Das palästinensische Superwahljahr	13
2. Mit der road map in die Sackgasse? - Jüngste Entwicklungen im Nahostkonflikt	15
2.1. Im Schatten des Rückzugs: Abschied von der Zwei-Staaten-Regelung?	15
2.2. Rückzug aus dem Gazastreifen: Modell für eine Friedensregelung?	18
3. Gebremster Reformeifer: Entwicklungen in Ägypten und Jordanien	20
3.1. Reformen auf Sparflamme: Das ägyptische „Modell“	21
3.2. Im Schatten: Die aufgeklärte Monarchie der Haschemiten	23
4. Ausblick	25

Zusammenfassung¹

Vielleicht wird 2005 einmal als „Jahr der Hoffnung“ in die Annalen des Nahen Ostens eingehen, doch zum jetzigen Zeitpunkt ist noch nicht ausgemacht, ob sich diese Hoffnungen erfüllen werden. Zwei historische Ereignisse haben die nahöstliche Gewaltspirale zumindest gebremst: Die nach dem Tod Yassir Arafats erfolgte Wahl von Mahmoud Abbas (Abu Mazen) zum Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), sowie die nach heftigen innenpolitischer Auseinandersetzungen getroffene Entscheidung des israelischen Parlaments, den Rückzug aus dem Gazastreifen und Teilen der nördlichen Westbank im Spätsommer 2005 durchzuführen. Durch beide Ereignisse eröffneten sich neue Perspektiven: sowohl für eine auf Demokratie und Reform gerichtete innerpalästinensische Entwicklung als auch für eine friedliche Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts.

Im Frühsommer 2005 ist der vorsichtige Optimismus einer gewissen Ernüchterung gewichen. Der neue Präsident Mahmoud Abbas hat zwar einen innerpalästinensischen Reformprozess eingeleitet, dessen quälend langsame und mühsamen Fortschritte haben jedoch die schwierigen Lebensverhältnisse der palästinensischen Bevölkerung bisher kaum verbessert. Es fehlt Abu Mazen vor allem an Rückhalt in seiner eigenen *Fatah*-Bewegung, die durch interne Kämpfe völlig gelähmt ist. Allerdings hat seine Einbindungsstrategie gegenüber der an Unterstützung gewinnenden islamistischen *Hamas* bisher immerhin zu einem Waffenstillstand geführt, der auch Hoffnungen auf eine friedliche Übernahme der „Regierungsgewalt“ im Gazastreifen nach dem israelischen Rückzug macht.

Entscheidende Impulse für eine Wiederbelebung des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses sind bisher nicht erkennbar, da sich Israel bislang trotz der Verhandlungsbereitschaft des Mahmoud Abbas zu keiner grundlegenden Veränderung der Besatzungssituation bereit erklärt hat. Solange Siedlungsausbau und die Politik der ethnischen Trennung weiter fortschreiten, ist nicht ersichtlich, wie sich aus der Aufgabe von jüdischen Siedlungen und dem Gazarückzug eine weitere friedenspolitische Dynamik entfalten soll. Auch die internationale Staatengemeinschaft unternimmt bisher keine besonderen Anstrengungen, um die völkerrechtswidrige Besatzungssituation zu beenden. Da ein friedenspolitisches *follow-up* nach dem *disengagement* nicht absehbar ist, kann eine dritte Intifada als Folge von Enttäuschung und Verzweiflung auf palästinensischer Seite nicht ausgeschlossen werden.

Die internationalen Debatten über Reform und Demokratisierung in der arabischen Welt haben bislang keine nachhaltigen Reformprozesse einleiten können. In Ägypten und Jordanien reagieren die Regierungen flexibel auf den teilweise verstärkten Reformdruck: Soviel *status quo* wie möglich, Reformen nur soweit nötig. In der Sicherung der jeweiligen Herrschaftssysteme finden alle Reformbemühungen ihre Grenzen.

¹ Gemäß der geographischen Zuständigkeit des Büros Arabischer Naher Osten beleuchtet der Bericht nur ausgewählte Aspekte der Entwicklung in Palästina, Ägypten und Jordanien. Weitere Informationen zur Entwicklung im Nahen Osten sind in den Berichten der Büros Tel Aviv und Beirut enthalten.

1. Innerpalästinensische Entwicklungen

1.1. Abgang eines Mythos: Der Tod Arafats

Der Tod des palästinensischen Präsidenten Yassir Arafat am 11. November liegt kaum mehr als ein halbes Jahr zurück und das gewaltige mediale Interesse an dem teilweise tumultartig verlaufenen Begräbnis in Ramallah ist noch in Erinnerung. Erstaunlich ist jedoch, wie schnell der schon zu Lebzeiten legendäre „Vater der palästinensischen Nation“ in Vergessenheit – oder zumindest politische Bedeutungslosigkeit – geraten ist. Lediglich ein kleines Mausoleum auf dem Gelände der ‚Muqata‘, seinem letzten Amtssitz, in dem er inmitten von Ruinen die letzten zweieinhalb Jahre seines Lebens unter Hausarrest verbringen musste, ist geblieben und entgegen den Erwartungen nicht zu einer palästinensischen Pilgerstätte geworden.

Ein wesentliches Merkmal seiner schillernden Persönlichkeit und seines Wirkens war immer die politische „Uneindeutigkeit“. Wahrscheinlich ist dies ein Grund dafür, dass er kein konsistentes politisches Vermächtnis hinterließ, auf das sich politische Nachfolger glaubwürdig berufen können. Hinzu kommt, dass Arafats politisches Wirken in den letzten Jahren weniger von einem strategisch orientierten politischen Gestaltungswillen als vielmehr von einem vieles blockierenden Beharrungspotenzial geprägt war, das bestenfalls innerpalästinensische Konflikte begrenzen und einhegen, aber eben auch nicht dauerhaft befrieden konnte. Er genoss eine historische und charismatische Legitimität. Seine zwar schwindende, doch weiter die Entwicklungen prägende Macht resultierte aus seiner Bedeutung für die palästinensische Bewegung, weniger aus seiner formalen Rolle als gewählter Vorsitzender der PA. Er war der *Rais*, der über allem schwebte, der die formalen Strukturen und Institutionen der PA auch weitgehend ignorieren konnte. Wichtige Entscheidungen wurden in informellen Runden getroffen oder indem er zu den dafür vorgesehenen Gremien andere, oft informelle Führer politischer Gruppierungen einlud. Diese Politik informeller Kooptation wurde ergänzt durch eine freigiebige Gewährung von hauptsächlich finanziellen Wohltaten, um sich politisches Wohlwollen und -verhalten zu sichern und Konflikte zu schlichten. Innenpolitisch sowie in Bezug auf den Friedensprozess mangelte es ihm jedoch an Gestaltungskraft.

1.2. Volk ohne Staat, aber mit Präsident: Die Präsidentschaftswahlen

Der Tod Yassir Arafats löste nicht das von vielen prophezeite Chaos aus, sondern führte zu einem relativ reibungslosen Machtübergang auf den reformorientierten, pragmatisch-moderaten ehemaligen Ministerpräsidenten Abu Mazen. Dieser hatte bereits vor seiner offiziellen Wahl zum Präsidenten eine politische Wende einzuleiten versucht. Seine deutliche Absage an die „Militarisierung“ der Intifada, seine intensiven Bemühungen um einen Waffenstillstand mit den militanten islamistischen Gruppierungen, vor allem im Gazastreifen, eröffneten Chancen auf die Wiederbelebung des Verhandlungsprozesses mit Israel. Das Versprechen, den Demokratisierungsprozess konsequent fortzusetzen, die Korruption zu bekämpfen, Reformen wie die Reorganisation der außer Kontrolle geratenen Sicherheitskräfte einzuleiten und islamische Kräfte wie Hamas in die vorstaatlichen politischen Strukturen einzubinden, vermittelten den Eindruck eines innerpalästinensischen Neuanfangs, der weltweit positiv wahrgenommen wurde.

Politische Überraschungen sind bei den palästinensischen Präsidentschaftswahlen am 9. Januar 2005 ausgeblieben. Mit Mahmud Abbas gewann der erklärte Favorit. (KOMISCH) Sein Wahlergebnis von 62,5 % entsprach ebenso den Prognosen wie das Resultat von ca. 19 % für den einzigen ernstzunehmenden

Konkurrenten, Mustafa Bar-ghouti. Ein wenig enttäuschend, wenn auch nicht unerwartet, war die niedrige Wahlbeteiligung: Hierfür fehlen genaue prozentuale Angaben weil ein einheitliches Wahlregister nicht existiert. Nach dem Urteil internationaler Wahlbeobachter handelte es sich um friedliche, relativ faire, freie und weitgehend gemäß den internationalen Standards durchgeführte Wahlen, wenn auch Unregelmäßigkeiten und Beanstandungen nicht ausblieben. Probleme ergaben sich allerdings auch aus der Besatzungssituation, denn immer wieder bestimmte letztendlich Israel was z.B. welchem Kandidaten wann wo erlaubt war oder wer wo wählen durfte. Besonders in Ost-Jerusalem wurde die Wahl durch die Interventionen der israelische Okkupationsmacht zu einer Farce.

Der Wahlgang war dennoch ein außergewöhnliches Ereignis. Wahlen unter militärischer Besatzung sind ein zwar nicht einmaliger, jedoch auf jeden Fall ein bemerkenswerter Vorgang. Die paradoxen „Merk“-würdigkeiten der politischen Entwicklung in der Region lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die zweite Demokratie des Nahen Ostens beginnt sich unter der militärischen und völkerrechtswidrigen Besatzung durch die erste Demokratie zu entfalten.
- Der einzige Führer eines arabischen „Staates“, der sich einer wirklichen demokratischen Legitimation rühmen darf, ist der Präsident der staatenlosen PalästinenserInnen.
- Zwar genießen alle Staaten in der Region mehr oder weniger staatliche Souveränität, doch das Volk, dem bislang sein nationales Selbstbestimmungsrecht versagt blieb, konnte als einziges seinen Präsidenten frei wählen.

Auch dem einzigen, ernstzunehmenden Gegenkandidaten von Mahmud Abbas, Mustafa Barghouti, gelang es, Städte und Dörfer mit einer Plakatflut zu überziehen und einen sehr professionellen Wahlkampf zu führen. Die politische Stoßrichtung seiner Kampagne war gegen die PA gerichtet, gegen Korruption und Misswirtschaft, jedoch ohne jegliches friedenspolitisches Profil. Barghouti gilt als der Repräsentant der säkularen, demokratisch orientierten Opposition, der „Zivilgesellschaft“. Es gelang ihm jedoch nicht, alle ihm politisch nahestehenden Kräfte zu mobilisieren. Dazu trug einerseits seine unklare Position in Friedensfragen bei und zum anderen angebliche oder tatsächliche Wahlabsprachen mit den unterschiedlichsten politischen Gruppierungen von PFLP bis Hamas.

Die anderen Kandidaten blieben ohne Bedeutung. Grundsätzlich lässt sich jedoch feststellen, dass die besondere Konstellation dieses Präsidentenwahlkampfes keine Rückschlüsse auf die Stärkeverhältnisse der Parteien, Gruppierungen oder Fraktionen zulässt. Somit werden im Vorfeld der Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat (PLC) die Karten sicherlich neu gemischt.

1.3. Herkules oder Sisyphus? - Mahmoud Abbas vor schwierigen Aufgaben

Mahmud Abbas hat durch die Präsidentschaftswahlen zunächst „nur“ eine demokratische Legitimation erhalten, die für seine weitere politische Arbeit notwendig, aber nicht hinreichend ist. Da er nicht über die „historische“ Legitimation eines Arafat verfügt, werden Erfolg oder Scheitern des neuen Präsidenten von seiner Fähigkeit abhängen, die innerpalästinensischen Verhältnisse zu ordnen, die Leiden der Bevölkerung unter der israelischen

Besatzung zu lindern und dem Friedensprozess neue Impulse zu geben. Das Wahlergebnis stellt einen Vertrauensvorschuss dar, der beim Ausbleiben politischer Erfolge rasch verspielt sein kann. Abu Mazens Dilemma besteht darin, dass zur Bewältigung seiner Aufgaben Zugeständnisse an die israelische Besatzungsmacht unerlässlich sind. Unter diesen Umständen und den Bedingungen der Okkupation gleicht die Bewältigung der anstehenden Aufgaben wenn nicht einer Sisyphos-, so doch mindestens einer Herkulesarbeit¹ :

- Sicherheit und Ordnung sind zu einem zentralen Problem in den besetzten Gebieten geworden: Bewaffnete Flügel verschiedener politischer Gruppierungen, private Milizen, marodierende Banden und einzelne „Sicherheitsdienste“ gefährden in vielen palästinensischen Städten und Gemeinden die öffentliche Ordnung. In weiten Teilen der Westbank herrschen quasi anarchische Verhältnisse, in denen die Grenzen zwischen politischen, privaten, tribalen und kriminellen Auseinandersetzungen verschwimmen². Zwar hat Abu Mazen endlich die Neuordnung der so genannten Sicherheitsdienste mit der Reduktion auf drei Dienste, die dem Innenminister unterstellt werden in Angriff genommen. Zum einen verweigern ihm jedoch eine Anzahl von Sicherheitschefs, die inzwischen zu kleinen lokalen warlords geworden sind die Gefolgschaft, zum anderen fehlt es an alternativer Beschäftigung bzw. an alternativen Einkommensquellen.
- Von wesentlicher Bedeutung wird auch sein, ob es Abu Mazen gelingt, die zukünftigen innerpalästinensischen Auseinandersetzungen in demokratische Bahnen zu lenken. In Verhandlungen mit den islamistischen Organisationen *Hamas* und *Islamischer Jihad* und anderen militanten Gruppen erklärten diese, dass sie kein Interesse an bürgerkriegsähnlichen Verhältnissen haben, die neue Führung respektieren und sich vor allem an einer friedlichen Neuordnung nach dem israelischen Rückzug aus dem Gazastreifen beteiligen wollen. Eine - allerdings fragile - Grundlage für dieses innerpalästinensische „Friedensabkommen“ bildet das Kairo-Abkommen vom März 2005.
- Heftiger und oft gewalttätiger sind demgegenüber die Machtkämpfe innerhalb der *Fatah*. Hier drängt nicht nur die „Junge Garde“ auf Ablösung der „Alten Garde“, sondern viele Sektionen der *Fatah*-nahen militanten *Al-Aqsa*-Brigaden und Sicherheitsdienste haben sich verselbstständigt und sind kaum zu kontrollieren. Im Sommer 2005 sind die *Fatah*-internen Auseinandersetzungen noch keineswegs entschieden und zwei Veranstaltungen, die zur inneren Klärung der Kräfteverhältnisse beitragen sollten, sind vertagt worden. So fanden bisher weder die für Ende Mai vorgesehenen „Primaries“ zur Aufstellung der *Fatah*-Listen für die Parlamentswahlen noch der Anfang August geplante *Fatah*-Kongress statt.
- Neben der inneren Befriedung erhofft die Bevölkerung von Abu Mazen Maßnahmen gegen Korruption und Misswirtschaft. Zwar gelang es dem neuen Präsidenten, im dritten Anlauf eine gewisse Verjüngung des Kabinetts durchzusetzen, das weitgehend aus (*Fatah*-nahen) Technokraten besteht, doch eine wirkliche Ablösung der „Alten Garde“ steht noch aus. Angesichts anderer drängender Probleme wurde dieser Teil seines „Wahlprogramms“ von Abu Mazen (zunächst?) zurückgestellt.
- Die Lebensbedingungen der palästinensischen Bevölkerung haben sich in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert. Die von der israelischen Okkupationsmacht verhängten Beschränkungen vor allem der Mobilität³ durch *checkpoints*, *road-blocks* und Genehmigungserfordernisse für Reisen, aber auch Häuserzerstörungen⁴, Beschlagnahme von Land⁵, der Bau der Trennungsmauer⁶, Verhaftungen⁷, Kollektivstrafen etc.⁸ machen das Leben schwer. Nach vier Jahren Intifada ist die wirtschaftliche und soziale

Situation⁹ in den besetzten Gebieten katastrophal. Mehr als die Hälfte der palästinensischen Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze und eine Verbesserung der ökonomischen Situation ist besonders dringlich.

- Schließlich hoffen die Palästinenser auf eine umfassende Freilassung der ca. 6.000 palästinensischen Gefangenen aus israelischen Haftanstalten.

Für die Erfüllung dieser Hoffnungen ist Abu Mazen jedoch nicht zuletzt auf das Entgegenkommen und die Kooperation der Besatzungsmacht angewiesen. Eine wirtschaftliche Erholung ist unter den Bedingungen der Besatzung derzeit undenkbar und auch Sicherheit und Ordnung werden nur schwer wiederherzustellen sein, solange Polizei und Justiz keine Bewegungsfreiheit genießen, die Polizei wegen des israelischen Vetos nicht ausreichend mit Waffen ausgestattet werden darf und nachts immer wieder israelische Kommandos in Städten und Dörfern Palästinas vermeintliche Terroristen verhaften und/oder liquidieren. Trotz des auf dem Sharon/Abbas-Gipfeltreffen im Februar 2005 getroffenen „Waffenstillstands“ wurden bislang etwa 60 Palästinenser getötet.

Die Fortschritte, die Abu Mazen bisher erreichte, halten sich somit in Grenzen. Er ist (bislang?) ein schwacher Präsident, dem der Rückhalt in der *Fatah* fehlt, um seine politischen Gestaltungsvorstellungen, die notwendigen institutionellen Reformen und einen friedenspolitischen Neuanfang umzusetzen. Da es ihm bislang vor allem nicht gelang, Sicherheit und Ordnung herzustellen¹⁰, ist das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der neuen Führung noch nicht gefestigt. Ein entschlossenes Durchgreifen gegen kriminelle und politische Gewalt und gegen Menschenrechtsverletzungen eigener Behörden und palästinensischer Gruppen¹¹, seien sie gegen Palästinenser oder Israelis gerichtet, ist nicht erkennbar. Die Reform der Sicherheitsdienste erweist sich als ein äußerst schwieriger, zäher, ja quälender Prozess, der trotz gewisser Fortschritte noch lange nicht abgeschlossen ist. Schließlich ist *Fatah* noch weit von einer Konsolidierung entfernt. Die internen Machtkämpfe haben nach der vorübergehenden „Kampfpause“ im Umfeld der Präsidentschaftswahlen an Heftigkeit zugenommen und lähmen die PA weitgehend. So bleibt die Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit vieler palästinensischer Institutionen weiterhin eine drängende Aufgabe. Zwar ist die Strategie der Einbindung von *Hamas* weitgehend erfolgreich gewesen, andere islamistische und militante Gruppen und Organisationen fühlen sich aber keineswegs an den Waffenstillstand gegenüber Israel gebunden, so dass es immer wieder zu bewaffneten Aktionen kommt.

1.4. Am Scheideweg:

Fatah zwischen Befreiung und Staatsaufbau

Mit dem Oslo-Prozess geriet *Fatah* in eine tiefe Identitätskrise¹², die bis heute nicht überwunden ist. Seit 1969 hat sie als Mehrheitsfraktion in der PLO die Geschichte der „palästinensischen Revolution“ geprägt: zunächst führte sie den bewaffneten Kampf für die Befreiung ganz Palästinas, dann forcierte sie den historischen Kompromiss mit der Anerkennung Israels und nahm schließlich den Aufbau staatlicher Strukturen in Angriff. Dabei war *Fatah* niemals eine Partei, sondern eher eine Bewegung. Die Reduktion der Ziele auf die „Befreiung“ erlaubte es einem breiten Spektrum nationaler Kräfte, *Fatah* als politische Heimat anzuerkennen. Dem ermordeten PLO-Repräsentanten in Paris, Said Hammami, wird der treffende Satz zugesprochen: „*Fatah* – das ist das palästinensische Volk.“ Und nach Oslo mag man hinzufügen: „*Fatah* – das ist die PA.“

Der Mangel an politisch-ideologischer und programmatischer Kohärenz, der die Befreiungsorganisation *Fatah* zusammenhielt, erweist sich nun als Hindernis für die erfolgreiche Verwandlung in eine *Fatah*-Partei. *Fatah* lebt von den Mythen und Legenden der Vergangenheit, es eint sie keine politische Vision von

der Gestalt des palästinensischen Staates, geschweige denn von dem Weg dorthin. Ihre etatistische Fixierung ist lediglich formal-institutionell geprägt und nicht mit politisch-programmatischen Inhalt gefüllt. Die Selbstverständnis-Krise kristallisiert sich in der Frage, ob bewaffneter Widerstand gegen die Besatzung oder Aufbau demokratischer Institutionen das Gebot der Stunde sind. Kann man überhaupt unter einer militärischen Besatzung einen demokratischen Staat aufbauen, zumal die Entstehung des erstrebten Staates auch noch ungewiss ist? Oslo gab auf diese Frage keine eindeutige Antwort, denn die Option auf einen eigenen Staat blieb offen. Da sich der Zugriff der israelischen Okkupationsmacht auf das Land in der seit Oslo forcierten Siedlungspolitik verfestigte und die Hoffnung auf einen eigenen Staat im Laufe des Friedensprozesses schwand, gewann die Option des bewaffneten Kampfes für viele *Fatah*-Kämpfer erneut an Bedeutung. Der Rückzug Israels aus dem Südlibanon und Gazastreifen ist gemäß dieser Sichtweise die Bestätigung dafür, dass Israel nur die Sprache der Gewalt versteht und somit nur der bewaffnete Kampf die Besatzung zu beenden vermag. Eine andere Meinung wird von dem Flügel vertreten, dem Präsident Mahmoud Abbas vorsteht. - Dieser sieht gerade in der „Militarisierung“ der Intifada, die ja schon lange kein Volksaufstand mehr war, sondern eine spezifische Form des Guerillakrieges kleiner bewaffneter Gruppen, einen wesentlichen Grund des Scheiterns. Nur durch eine unbedingte, friedliche Verhandlungsstrategie kann nach dieser Einschätzung das zentrale Ziel der Befreiungsbewegung, ein eigener Staat, erreicht werden. Eine derartige Delegitimierung des militanten Widerstands bleibt natürlich in den Reihen einer Bewegung, die den Mythos des bewaffneten Kampfes seit Jahrzehnten beharrlich pflegt, nicht ohne Widerspruch.

Die unbestrittene Führungsfigur Yassir Arafat vermochte aufgrund ihrer historischen Legitimität diese Widersprüche zu verdecken. Er hielt die auseinanderstrebenden und rivalisierende Kräfte zusammen. Arafat verkörperte sozusagen physisch das Dilemma zwischen Staatsaufbau und Befreiung, indem er bei Verhandlungen an den Konferenztischen der Welt in Uniform erschien. Seit seiner Rede vor der UN-Generalversammlung 1974 symbolisierten Kalaschnikow und Olivenzweig diese Doppelstrategie. Abu Mazen dagegen ist weder willens noch in der Lage, diesen politischen Spagat fortzusetzen.

Die lähmenden Auseinandersetzungen innerhalb von *Fatah* lassen sich jedoch nicht allein auf den beschriebenen Konflikt reduzieren. Auch sind die Fronten der Auseinandersetzung nicht ausreichend mit dem Gegensatz zwischen „Alter Garde“ und „Junge Garde“ beschrieben. Die Konfliktebenen sind vielfältig und unübersichtlich und es finden sich Anhänger des bewaffneten Kampfes in der alten wie jungen Generation. Natürlich geht es auch um die Macht der „Alten Garde“, die sich nach der Rückkehr aus dem Exil Posten und Pfründe gesichert hat und durch Korruption und Misswirtschaft Mitverantwortung für den beklagenswerten Zustand vieler palästinensischer Institutionen trägt. Immer wieder kommt es zu Konflikten zwischen der PLO- und *Fatah*-Führung in den besetzten Gebieten und den „Führungsresten“ in Tunis, z.B. Faruk Kaddumi. Da gibt es junge Aktivisten, die sich für demokratische Reformen einsetzen, und solche, die um ihren Anteil an Macht, Einfluss und Wohlstand kämpfen. Auch die Strategie gegenüber *Hamas* führt zu Kontroversen und tribale Rivalitäten und regionaler Proporz schaffen zusätzliche Konfliktlinien. Die „Lösung“ dieser Gegensätze treibt manches Mal merkwürdige Blüten: So erhöhte das Parlament die Abgeordnetenzahl für die nächste Legislaturperiode um 50 %, um auf diese Weise das eigene Abwahlrisiko zu minimieren. Oder junge bewaffnete Mitglieder der *Fatah*-nahen *Al-Aqsa*-Brigaden stürmen aus Protest gegen ihre geplante Entwaffnung Regierungsgebäude und fordern mit Waffengewalt ihre Einstellung in die neuen Sicherheitskräfte, was nicht unbedingt ihre Eignung für den angestrebten Dienst unter Beweis stellt.

Die meisten Konflikte sind jedoch bislang ungelöst. Abu Mazen sieht sich immer wieder neuen Herausforderungen gegenüber, längst hat er noch nicht alle internen Machtkämpfe gewonnen. Im Gegenteil muss er immer wieder Rückschläge einstecken. Mit der Verurteilung der „Militarisierung der Intifada“, dem Versprechen eines Referendums im Falle einer Friedensregelung, der Straffung der Sicherheitsdienste und der Ankündigung einer Fortsetzung des Demokratisierungsprozesses hat Abu Mazen im Vorfeld der Wahlen ein politisches Profil erkennen lassen, mit dem er sich – auch in der *Fatah* – nicht nur Freunde macht. Die Auseinandersetzungen innerhalb der *Fatah*-Bewegung in demokratische Bahnen zu lenken, ja, sie vor dem Zerfall oder der Spaltung zu bewahren, bleibt eine schwierige Aufgabe. Seine Wahl hatte am Anfang des Jahres einen erstaunlichen Stimmungsumschwung bei den Palästinensern bewirkt. Nach Jahren der Verzweiflung und Resignation kam so etwas wie vorsichtige Hoffnung und ein wenig Zuversicht auf. Doch die Kommunalwahlergebnisse haben gezeigt, dass die Kritik wächst. Der Sockel, auf dem PA und *Fatah* lange Zeit standen, weist am Fundament zahlreiche Risse auf. Die Schwäche der PA und die Fragmentierung der *Fatah* sowie der daraus resultierende Ansehensverlust in der öffentlichen Meinung haben in den letzten Monaten so dramatische Ausmaße angenommen, dass man aus Angst vor zu großen Zugewinnen für *Hamas* die für den 17. Juli vorgesehenen Parlamentswahlen erst einmal verschob.

1.5. Unaufhaltsamer Aufstieg? - Hamas auf dem Vormarsch

Auch *Hamas*¹³ befindet sich in einer politisch-ideologischen Umbruchsituation. Die Neuorientierung trägt allerdings weniger krisenhafte Züge als bei *Fatah* und ist zwar intern durchaus umkämpft, doch insgesamt von wachsender Zustimmung begleitet. Bei den Kommunalwahlen in einigen Regionen der Westbank und des Gazastreifens konnte *Hamas* beachtliche Erfolge erzielen und wartet deshalb zuversichtlich auf die Parlamentswahlen.

Hamas entstand während der ersten Intifada aus der Muslimbruderschaft und ist vorwiegend sozial und religiös orientiert. Sie zielt auf die Islamisierung Palästinas vom Mittelmeer bis zum Jordan und erkennt die Existenz Israels nicht an. Ob der Antisemitismus¹⁴ der *Hamas* als genuin muslimisch und kulturell tief verwurzeltes Phänomen definiert werden muss oder als Folge des politischen Konflikts zu sehen ist, ist Gegenstand eines heftigen Diskurses über muslimischen Antisemitismus¹⁵. Erst sukzessive nahm *Hamas* bzw. ihr bewaffneter Flügel, die *Al-Qassem*-Brigaden, den Kampf gegen das israelische Militär auf und führte Terroranschläge in Israel gegen Zivilisten durch. Sie hat den Oslo-Prozess und eine Beteiligung an den palästinensischen Institutionen – sei es in der PLO oder PA – immer abgelehnt.

Hamas baute wohltätige und Bildungs-Institutionen auf, die zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensverhältnisse der unter der Besatzung leidenden palästinensischen Bevölkerung erheblich beitrugen. Mit ihren sozialen Diensten lieferte sie oft das, wozu die PA nicht in der Lage war. Trotz des bewaffneten Kampfes verlor sie ihr primäres Aktionsfeld im sozialen Bereich und in der religiösen Erziehung und ihr Ziel einer religiösen Transformation Palästinas nie aus den Augen – dies sollte nach ihrer Vorstellung jedoch das Ergebnis eines demokratischen Prozesses sein. Sie forderte Wahlen – allerdings nicht unter den Bedingungen von Oslo. Sie sprach sich gegen Korruption und Misswirtschaft und für eine Reform der Institutionen aus – aber nicht innerhalb der nach Oslo entstandenen Strukturen. Dabei betonte *Hamas* immer ihre „Volksnähe“, d.h. sowohl ihre breite Anerkennung innerhalb der Bevölkerung als auch ihre Berücksichtigung von populären Stimmungen. Ein „Gewaltmonopol“ der PA, die ja ein institutionelles Produkt der Oslo-Vereinbarung darstellt, erkennt *Hamas* nicht an, zumindest nicht für die Dauer der Besatzungszeit.

Mit den monatelangen Verhandlungen zwischen der PA, die schließlich unter Vermittlung Ägyptens im Kairo-Abkommen ihren Abschluss fanden, hat sich der Integrationsprozess von *Hamas* in die palästinensischen Strukturen fortgesetzt. Mit der Teilnahme an den bisherigen Phasen der Kommunalwahlen, der anvisierten Beteiligung an den Parlamentswahlen, der bevorstehenden Aufnahme in die PLO und der weitgehenden Beachtung des Waffenstillstands hat *Hamas* den Marsch durch die Institutionen angetreten. Ihren Repräsentanten wird Tatkraft und Integrität zugeschrieben. Die breite Unterstützung, die *Hamas* in der Bevölkerung genießt, möchte sie jetzt auch in politischen Einfluss bei der Gestaltung der innerpalästinensischen Strukturen nach dem Rückzug Israels aus dem Gazastreifen umsetzen. Dieser pragmatische Kurs ist allerdings zwischen und innerhalb der drei „Machtzentren“ der Organisation keineswegs unumstritten: Während militanter Widerspruch zumeist von der Führung in Syrien/Jordanien kommt, ist die (moderatere) innere Führung durch die Liquidierungspolitik der israelischen Besatzungsmacht dezimiert und nicht selten geben die eher gemäßigeren Stimmen der Gefangenen in israelischen Gefängnissen den Ausschlag.

Hamas hat dem Terror oder gar dem bewaffneten Kampf gegen die Besatzung keineswegs grundsätzlich abgeschworen. Sie verfolgt eine Doppelstrategie, die auf eine Einbindung in die palästinensischen Strukturen zielt ohne die Option der Gewalt aufzugeben. Dies gilt jedoch nicht für die innerpalästinensischen Auseinandersetzungen: Eine Bürgerkriegsoption existiert nicht. Der bewaffnete Kampf gegen Israel dient zum Teil auch der Profilierung in der innenpolitischen Auseinandersetzung um Anerkennung und Unterstützung gegenüber anderen Gruppen wie *Fatah*, *Islamic Jihad* und den „Widerstandskomitees“. Wenngleich man das Image der Speerspitze des konsequenten Widerstands nicht aufgeben will und auch der israelische Rückzug aus dem Gazastreifen als hausgemachter „militärischer Erfolg“ des bewaffneten Widerstandes reklamiert wird, ist man innerpalästinensisch doch bereit, sich der demokratischen Konkurrenz in Wahlen auszusetzen.

Die Gründe für den politischen Erfolg von *Hamas* sind vielfältig: Einerseits haben PA und *Fatah* durch ihr Versagen beim Aufbau palästinensischer Institutionen, dem Vorwurf von Korruption und Misswirtschaft und dem ausbleibendem Erfolg der Verhandlungen mit Israel rapide an Ansehen in der Bevölkerung verloren.

Zum anderen ist eine Verbesserung der schlechten ökonomischen Situation und der schwierigen Lebensverhältnisse derzeit nicht in Sicht. Die wachsende Unterstützung von *Hamas* kann allerdings keineswegs mit einer generellen Islamisierung der palästinensischen Gesellschaft gleichgesetzt werden. Viele wählen *Hamas* nicht wegen, sondern trotz ihrer islamischen Ausrichtung. So schöpft *Hamas* auch aus einem klassischen Protestwählerpotential. Sicherlich wird mit Stimmen für *Hamas* auch deren Rolle im bewaffneten Kampf honoriert, doch die Unterstützung für Selbstmordanschläge auf israelische Zivilisten ist in den vergangenen Monaten erheblich zurück gegangen. Eine Wiederaufnahme der Terroraktivitäten würde *Hamas* in den Augen vieler Palästinenser zur Zeit schaden und wird deshalb von der Führung nicht befürwortet.

Wie auf diese Entwicklung politisch zu reagieren ist, bleibt Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen, nicht nur innerhalb von *Fatah* und der PA. Es handelt sich bei *Hamas* eben nicht um eine kleine bewaffnete Splittergruppe, die durch militärische Maßnahmen ausgeschaltet werden kann, sondern um eine gesellschaftliche Kraft, eine politische Bewegung, deren Zuspruch auf immerhin ca. 30 % geschätzt wird. Dennoch verfolgte Israel eine Strategie der kompromisslosen Bekämpfung durch Verhaftungen und außergerichtliche Hinrichtungen fast der gesamten *Hamas*-Führung und der Verweigerung jeden Gespräches mit *Hamas*-Vertretern. Zudem drohte der israelische Außenminister

Schalom, dass man einen Wahlerfolg von *Hamas* nicht akzeptieren und im Gegenteil zum Anlass nehmen werde, jegliche Kontakte zur PA abzubrechen.

Der derzeitige „Waffenstillstand“ hat zwar zu einer weitgehenden Einstellung der extralegalen Tötungen geführt, doch von der PA wird unter den Stichworten Ent-waffnung und Beseitigung der terroristischen Infrastruktur gefordert, den Kampf gegen bewaffnete *Hamas*-Einheiten aufzunehmen. Abu Mazen ist dazu weder willens noch in der Lage: Eine derartige Konfrontation würde wahrscheinlich einen Bürgerkrieg mit ungewissem Ausgang auslösen. Er verfolgt deshalb eine Einbindungsstrategie, die *Hamas* in die Institutionen integriert, sie aber gleichzeitig im Kontext der Wahlen demokratischer Konkurrenz aussetzt. Schwieriger fällt es ihm, die bewaffneten „Kämpfer“ anderer Organisationen, vor allem auch der *Fatah*-nahen Al-Aqsa-Brigaden und des *Islamic Jihad* zu disziplinieren. Sie sollen jetzt in die neu zu strukturierenden Sicherheitskräfte integriert werden: Nicht Entwaffnung also, sondern Einbindung durch Legalisierung. Aus eigener Erfahrung setzt Abu Mazen darauf, dass *Hamas*, einmal eingebunden in politische Verantwortung, einen Wandlungsprozess der Mäßigung durchmachen wird – wie seinerzeit *Fatah* und PLO. Abu Mazen hofft auf „Entzauberung“ durch Eingliederung – eine Entwicklung, von der er als Mitglied der Gründergeneration von *Fatah* ein Lied singen kann. Von Kritikern werden ihm allerdings warnend die algerischen Erfahrungen entgegengehalten bzw. auf den Weg der libanesischen *Hisbollah* verwiesen, die mit einem Bein im Parlament steht und mit dem anderen als außerstaatliche Miliz agiert.

1.6. Demokratischer Transformationsprozess auf Raten: Das palästinensische Superwahljahr

Das Wahljahr war und ist mit den Präsidentschaftswahlen für die PalästinenserInnen keineswegs beendet. Mit den Lokalwahlen (die letzten fanden 1976 statt!) wurde in kleinen Teilen der palästinensischen Gebiete am 23. Dezember 2004 begonnen. Die zweite Phase der kommunalen Wahlen fand am 5. Mai statt, die letzte Runde in den großen Städten, bei der mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten zur Wahl aufgerufen sein werden, war für August geplant. Angesichts der Verschiebung der Parlamentswahlen auf ein bislang unbestimmtes Datum („... bis Ende des Jahres 2005!“) ist allerdings auch dieser Kommunalwahltermin noch ungewiss.

Die ersten beiden Phasen der Stadt- und Gemeinderatswahlen erhielten ihre besondere politische Bedeutung, weil sie als Test für die Parlamentswahlen betrachtet wurden. Zum ersten Mal hatte *Hamas* seine Beteiligung angekündigt und fordert damit *Fatah* heraus. Das für *Fatah* enttäuschende Wahlergebnis war schließlich der Grund für die Verschiebung der Parlamentswahlen: Ca. 60-65 % stimmten für *Fatah* oder *Fatah*-nahe Listen, etwa 35 % gaben *Hamas*-nahen Listen ihre Stimme. *Hamas* errang jedoch zwei prestigeträchtige Wahlsiege in den Städten Qalqilya und Rafah (hier unterliegt die Wahl noch der gerichtlichen Überprüfung). Zwar hat *Hamas* damit nicht den von einigen Beobachtern prognostizierten Wahlsieg errungen, doch das Resultat spiegelt wohl die derzeitigen politischen Kräfteverhältnisse realistisch wieder, vor allem die Schwäche von *Fatah*. Die demokratisch-säkularen, unabhängigen Kräfte konnten sich bislang in den Kommunalwahlen nicht profilieren. Ihre Fragmentierung hat keine relevante Listenbildung zugelassen, so dass sich auch angesichts der Polarisierung zwischen *Fatah* und *Hamas* keine bemerkenswerten Erfolge erzielen ließen. Die bisherigen Ergebnisse haben gezeigt, dass der Achtungserfolg des Protagonisten Mustafa Barghouti bei den Präsidentschaftswahlen mit fast 20 % im wesentlichen auf die spezifische Kandidatenkonstellation zurückzuführen war. Hinzu kommt, dass gerade bei den Kommunalwahlen tribale Motive für die Wahlentscheidung eine besonders große Rolle spielen.

Ein weiterer Grund für die Verschiebung der Parlamentswahlen waren interne Auseinandersetzungen um das Wahlgesetz. Erst im Juni 2005 wurde schließlich vom PLC ein Wahlgesetz verabschiedet, das auch Elemente eines proportionalen Wahlrechts enthalten soll. 50 % der Parlamentssitze soll in Distrikten direkt gewählt werden, zusätzlich 50 % nach einem Verhältniswahlrecht. Auch eine Frauenquote ist vorgesehen, ca. 20 % der Listenplätze für Kandidatinnen reserviert¹⁶. Die Einzelheiten des Wahlgesetzes waren in allen politischen Gruppierungen heftig umstritten. Die Auseinandersetzungen über das Wahlsystem waren dabei wesentlich von den Wiederwahlinteressen und -chancen der Abgeordneten geprägt. Doch sie spiegelten auch den Kampf für oder gegen demokratische Strukturen vor allem innerhalb der *Fatah*, den Kampf zwischen „Alter Garde“ und „Junger Garde“ und zwischen Reformern und Bewahrern der alten (Un-) Ordnung wider. Bislang wurde z.B. in *Fatah* die Kandidatenauswahl durch Arafat und/oder seine loyalen Anhänger hinter verschlossenen Türen getroffen. Wenn zukünftig in demokratischen und transparenten innerparteilichen Wahlen eine nationale Liste aufgestellt werden muss, dann stößt dies nach so langen Jahren der Gewöhnung an autoritäre Praktiken nicht überall auf ungeteilte Begeisterung. Erst langsam wird hier manchem deutlich: Zum Funktionieren eines demokratischen Systems gehört als unverzichtbarer integraler Bestandteil eine innerparteiliche Demokratie.

Abu Mazen setzte sich seit seinem Amtsantritt für die termingerechte Durchführung der Wahlen ein. Auch im Kairo-Abkommen vom März 2005 hatte er sich nicht zu-letzt auch gegenüber *Hamas* auf diesen Termin verpflichtet lassen. Doch er konnte sich innerhalb von *Fatah* nicht durchsetzen. Die Kritik an der Verschiebung der Wahlen fiel allerdings sehr verhalten aus und glich eher einer Pflichtübung als einem empörten Protest: In *Fatah* gehen alle davon aus, dass sich die Wahlchancen nach dem *disengagement* nur verbessern können; ähnliche Einschätzungen prägen auch die Haltung einer selbstbewussten *Hamas*, für die die Parlamentswahlen, wann immer sie stattfinden, auf jeden Fall einen politischen Erfolg darstellen werden; und auch die demokratisch-säkulare Opposition ist dankbar für die Vertagung, weil sie hofft, innerhalb der gewonnenen Zeitspanne ihre Positionen ausbauen zu können. Schließlich signalisierte auch die US-Administration während Abu Mazens Washington-Besuch Ende Mai 2005 ihre Zustimmung, weil sie derzeit eine zu große Stärkung der islamistischen Kräfte durch die Parlamentswahlen befürchtet. Auf diese Weise wird einmal mehr deutlich, dass Wahlen in dieser Region vor allem dann beliebt und erwünscht sind, wenn die Resultate vorhersehbar und kontrollierbar sind; umgekehrt verliert mit zunehmender Ergebnisunsicherheit die Einführung demokratischer Verfahren in den Augen vieler politischer Akteure ihren Reiz.

Wahrscheinlich werden die Parlamentswahlen die demokratische Nagelprobe für die neue palästinensische Führung bedeuten. Angesichts der lähmenden Auseinandersetzungen innerhalb von *Fatah* ist eine baldige Entscheidung hierüber kaum zu erwarten. Auch wenn Wahlen in den arabischen Ländern politische Führung erfahrungsgemäß eher bestätigen denn generieren, so bleiben doch die Parlamentswahlen für Abu Mazen ein unverzichtbarer Schritt zur Stärkung seiner politischen Legitimation und Festigung des Demokratisierungsprozesses sowie zur Bestätigung des friedenspolitischen Kurses.

2. Mit der road map in die Sackgasse? - Jüngste Entwicklungen im Nahost-Konflikt

Das zweite Halbjahr 2004 war zunächst von einer Verschlechterung der Situation gekennzeichnet: Der Friedens- und Staatswerdungsprozess befand sich in einer Sackgasse. Unter den Bedingungen militärischer Besatzung, gewaltsamen

Widerstands und patrimonial geprägter Herrschaft kamen innerpalästinensische Reformen kaum voran; in einigen Landesteilen griffen Anarchie und Gesetzlosigkeit immer stärker um sich und unter der Bevölkerung machte sich Verzweiflung und Resignation breit. Zwar fanden kaum noch palästinensische Selbstmordattentate statt, da sich der palästinensische bewaffnete Widerstand auf militärische Einrichtungen und die Siedlungen im Gazastreifen konzentrierte, doch die Interventionen der israelischen Okkupationsmacht nahmen vor allem im Gazastreifen zu. Grund dafür lieferten hauptsächlich der andauernde Waffenschmuggel und der Beschuss israelischer Siedlungen und Städte mit hausgemachten palästinensischen *Al-Qassam*-Raketen und Mörsergranaten. Die wirtschaftliche Lage verschlechterte sich zunehmend, der Mauer- und Siedlungsbau wurden intensiviert. Der in Israel heftig umkämpfte Gaza-Rückzugsplan und die damit verbundene Aufgabe von israelischen Siedlungen löste insbesondere auf der palästinensischen Seite keine Begeisterung aus, da dieser Plan gleichzeitig die Verstärkung der Siedlungstätigkeit in der Westbank, den weiteren Bau der Sperranlage und eine Vertiefung der ethnischen Trennung vorsieht. Zudem prophezeien Kritiker, dass sich der Gazastreifen aufgrund der totalen Kontrolle, die sich Israel weiter vorbehält, in ein gigantisches „Freiluftgefängnis mit Meeresblick“ zu verwandeln droht.

Nach dem Tod Arafats und dem Amtsantritt Abu Mazens wurde zu Beginn des Jahres 2005 allseits ein „Neuanfang“ im Nahen Osten beschworen, Hoffnung auf eine friedenspolitische Wende kam auf. Vielleicht entwickelt sich aus den Chancen für einen innerpalästinensischen Neubeginn auch eine neue friedenspolitische Phase? Vielleicht generiert die veränderte Situation eine politische Dynamik, die den Hoffnungen der Menschen in der Region auf einen dauerhaften Frieden eine neue Grundlage gibt? Neben dem Gaza-Rückzugsplan des israelischen Ministerpräsidenten Sharon und dem Amtsantritt von Mahmud Abbas begründete zur Jahreswende noch ein weiterer Faktor vorsichtigen Optimismus: Absichtserklärungen des neu gewählten amerikanischen Präsidenten George W. Bush deuteten auf ein stärkeres Engagement der USA im nahöstlichen Verhandlungsprozess hin. Werden diesen Verlautbarungen tatsächlich politische Taten folgen, die das in der Region eingetretene „momentum“ in Richtung auf eine nachhaltigere Befriedung unterstützen? Wird die neu-alte Administration angesichts einer „geschäftsfähigen“ palästinensischen Führung von der vorbehaltlosen Unterstützung der Politik Sharons Abstand nehmen und zu einer Rolle finden, die eine friedliche Regelung des Konflikts auf der Grundlage des Völkerrechts und der Menschenrechte in den Mittelpunkt ihrer politischen Bemühungen stellt?

2.1. Im Schatten des Rückzugs: Abschied von der Zwei-Staaten-Regelung?

Inzwischen ist die Aufbruchstimmung Ernüchterung gewichen. Die israelische Regierung setzt trotz heftiger innenpolitischer Auseinandersetzungen den *Gaza-disengagementplan* konsequent um, zu dem eben nicht nur die Aufgabe jüdischer Siedlungen im Gazastreifen, sondern auch die Festigung des Zugriffs auf die Westbank gehört¹⁷. Die Realität der palästinensischen Bevölkerung ist weiter von vielfältigen Menschenrechtsverletzungen gekennzeichnet, von Übergriffen der Siedler, Verarmung und wirtschaftlicher Stagnation. Grundsätzliche Veränderungen der Besatzungssituation sind in der Westbank und in Jerusalem nicht erkennbar. Im Gegenteil: In Umsetzung des *Gaza-Disengagementplans* schreiten mit dem fortgesetzten Bau der Sperranlage, weiteren Häuserzerstörungen, Reisebeschränkungen, Kollektivstrafen, dem forcierten Ausbau der Siedlungen, der Beschlagnahme von Land und dem Bau einer separaten „jüdischen Infrastruktur“ für die Siedlungen Gettoisierung und ethnische Trennung immer weiter voran.

Gewiss fehlt es Abu Mazen zum einen an politischem Durchsetzungsvermögen, um die sicherheitspolitischen Forderungen Israels umzusetzen, doch zum anderen unterscheiden sich seine diesbezüglichen politischen Vorstellungen erheblich von denen der israelischen Regierung: Während er eine Einbindungsstrategie gegenüber den militanten Kräften verfolgt, fordert Israel die „Eliminierung der terroristischen Infrastruktur“ - ein Unterfangen, das nicht zuletzt auch Scharon nach vier Jahren Intifada trotz militärischer Übermacht nicht gelungen ist. Das „Scheitern“ Abu Mazens an eben dieser Aufgabe wird von der israelischen Regierung immer wieder als Begründung herangezogen, um sich eingegangenen Verpflichtungen zu entziehen: Bis heute hat sich das israelische Militär nur aus zwei der palästinensischen Städte zurückgezogen, obwohl im Februar (!) auf dem Gipfel in Scharm-el-Scheich der Rückzug aus fünf Städten zugesagt wurde. Von den ca. 700 *check-points* und *road-blocks* in der Westbank wurde bislang nur eine geringe Zahl aufgehoben und wenige palästinensische Gefangene konnten in ihre Dörfer und Städte zurückkehren. Keiner von den mehr als 100 so genannten *outposts*, „wilden“ Siedlungen, wurde bisher aufgelöst. Dazu ist Israel seit dem Mitchell-Plan (2001) verpflichtet, doch ein israelischer Regierungsbericht offenbarte im März, dass der Auf- und Ausbau eines beträchtlichen Teils dieser *outposts* am israelischen Parlament vorbei, im Widerspruch zum Völkerrecht und den von Israel eingegangenen Verpflichtungen durch Ministerien und regierungsamtliche Institutionen finanziell unterstützt wurde. Kaum einer der *outposts* wurde ohne Abstimmung mit dem Büro des Ministerpräsidenten errichtet, während dieser höchstpersönlich am Verhandlungstisch deren Abbau versprach. Von den von den USA als humanitäre Hilfe für die Palästinenser bereitgestellten Geldmitteln gehen ca. 40 Millionen an Israel, um wichtige *checkpoints* zu modernisieren und - als Beitrag zur Humanisierung des Mauerbaus - durch *border terminals* zu ersetzen.

Die bisher den Palästinensern gewährten humanitären Erleichterungen der Lebens-situation kamen zumeist nur auf Druck der Vereinigten Staaten zustande, die er-kannt haben, dass Abu Mazen für sein politisches Überleben eine „Waffenstillstands-dividende“ braucht. Auch das Bemühen der israelischen Regierung, Abu Mazen als Versager darzustellen und seine „Arafatisierung“ zu betreiben, wurde durch amerikanische Intervention gestoppt. In der amerikanischen Administration hat man offensichtlich erkannt, dass zur substanziellen Wiederbelebung des Friedensprozesses Mahmoud Abbas unterstützt und gestärkt werden muss, denn eine Alternative ist weit und breit nicht in Sicht.

Auch wenn das US-Engagement mit dem Beginn der zweiten Amtszeit von George Bush zugenommen hat, so wird aus palästinensischer Sicht amerikanischer Druck vermisst, der Israel an seine völkerrechtlichen Verpflichtungen zur Einstellung der Siedlungstätigkeit und des Baus der Sperranlage erinnert. Die jüngsten Ent-scheidungen Israels haben bislang nur Stirnrunzeln und kritische Fragen, jedoch keinerlei Maßnahmen zur Folge gehabt: Der Beschluss der israelischen Regierung vom 20. Februar 2005 zum Mauerverlauf im Zentralbereich der Westbank und in und um Jerusalem sowie die Genehmigung vom 21. März 2005 zum weiteren Ausbau und zur „Quasi-Eingemeindung“ der Siedlung Maaleh Adumim vor den Toren Jerusalems. Sollten diese Entscheidungen implementiert werden, bedeutet dies

- die weitgehende Trennung Jerusalems von der Westbank,
- die faktische Zweiteilung der Westbank und damit
- das Ende einer lebensfähigen Zwei-Staaten-Regelung.

Vieles deutet im übrigen darauf hin, dass der Bau neuer Häuser und Wohnungen vor allem in den großen israelischen Siedlungsblöcken von den Vereinigten Staaten stillschweigend geduldet wird. Nachdem Präsident Bush in einem Briefwechsel mit Ministerpräsident Scharon am 14. April 2004 Israel versprach, die „demographischen Zentren“, d.h. die großen Siedlungsblöcke, im Rahmen einer Friedensregelung entgegen dem Völkerrecht annectieren zu dürfen¹⁸, wird dieser Ausbau verstärkt betrieben.

Das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes (IGH) vom 9. Juli 2004¹⁹, das die Völkerrechtswidrigkeit des Mauerbaus bestätigt, ist (bislang?) folgenlos geblieben²⁰. Auf der diplomatischen Ebene ist es den Palästinensern nicht gelungen, die UN zur konkreten Umsetzung ihres Beschlusses vom 21. Oktober 2003²¹, der Erfüllung des IGH-Diktums und einer politischen Konsequenz, insbesondere einem Sanktionsbeschluss, zu bewegen. Darauf gerichtete Versuche scheiterten vor allem am Widerstand der USA und der EU. Folgen sollte jedoch der Beschluss des Obersten Gerichtshofs Israels vom 30. Juni 2004²² haben. Die israelische Regierung beschloss am 20. Februar 2005 Korrekturen am Verlauf der Sperranlage in einigen Regionen, um damit den Forderungen des Gerichts nach geringeren und verhältnismäßigen Grundrechtseingriffen auf palästinensischer Seite gerecht zu werden. Zwar wird das völkerrechtswidrige Bauwerk nunmehr in einigen Regionen näher an die Grüne Grenze herangerückt und weniger palästinensisches Land beschlagnahmt, dennoch verlaufen ca. 80 % der Sperranlage auf palästinensischem Gebiet. Das Grundproblem besteht weiter: Palästinensische Dörfer werden eingezäunt und somit Bauern von ihren Feldern, Kinder von ihren Schulen, Familien von ihren Angehörigen, Beschäftigte von ihren Arbeitsstätten getrennt. In Palästina spricht man von der „Berlinisierung“ Jerusalems. Die neue Maueroute, die die bislang noch umstrittene Einbeziehung der großen Siedlungsblöcke Maaleh Adumin, Ariel und Gusch Etzion vorsieht, macht deutlich, dass der „Sicherheitszaun“ auch die Annexion palästinensischer Gebiete und die weitere ethnische Trennung vorbereitet: Möglichst viel Land mit möglichst wenig Palästinensern. Die Zahlen sind im Einzelnen strittig, dennoch kann davon ausgegangen werden, dass ca. 7 -10 % der Westbankfläche sich bald auf der westlichen Seite der Mauer und des Zaunes befinden werden, ca. 9 % der Bevölkerung werden von ihrem kultivierten Land getrennt, ca. 10 % der Palästinenser aus der Westbank und Jerusalem werden sich zukünftig auf der israelischen Seite befinden. Durch den Mauerlauf werden ca. 350.000 der Israelis (ca. 87 % der „Siedler“), die in den besetzten palästinensischen Gebieten (Westbank und Ost-Jerusalem) leben, „eingemeindet“²³.

Wenngleich der Mauerbau derzeit besonders im Raum Jerusalem mit Nachdruck vorangetrieben wird ist mit seiner ursprünglich bis Ende 2005 geplanten Fertigstellung wohl nicht mehr zu rechnen. Die mehr als 670 km lange, um jüdische Siedlungen und palästinensische Dörfer und Städte mäandernde Sperranlage wird nach ihrer Vollendung ca. doppelt so lang wie die Grüne Grenze sein. Auch wenn die israelische Regierung den Schutzwall als „temporäres Bauwerk“ bezeichnet, bleibt schwer vorstellbar, wie aus dem Flickenteppich palästinensischer „autonomer“ Gebiete ein lebensfähiger Staat entstehen soll, zumal gerade im Nahen Osten erfahrungsgemäß viele provisorische Regelungen bald einen permanenten Charakter erhalten

2.2. Rückzug aus dem Gazastreifen: Modell für eine Friedensregelung?

Nachdem der israelische Ministerpräsident Scharon alle innenpolitischen Hürden überwunden hat, gehen politische Beobachter davon aus, dass im August trotz des heftigen Widerstands der jüdischen Siedlerbewegung mit der Evakuierung der Siedlungen und dem Rückzug aus dem Gazastreifen begonnen wird²⁴. Obwohl mit dem Amtsantritt Abu Mazens ein verhandlungsbereiter und allgemein als moderat

eingeschätzter Politiker die palästinensische Führung übernahm, hat Sharon internationalem Druck widerstanden und den Rückzugsplan nicht zum Gegenstand von Verhandlungen mit der palästinensischen Seite gemacht. Das unilaterale Vorhaben soll mit der PA lediglich koordiniert werden.

Nachdem sich die Palästinenser lange einer Koordination verweigert haben, sind nun in den letzten Wochen Gespräche angelaufen, die eine geordnete „Übergabe“ des Gazastreifens zum Ziel haben. Die israelische Regierung besteht dabei insbesondere darauf, dass der Abzug nicht „unter Feuer“ vollzogen wird, und hat ein Aussetzen des Rückzugs angedroht, wenn militante palästinensische Gruppen das israelische Militär unter Beschuss nehmen, um damit den israelischen Rückzug als eigenen militärischen Sieg auszugeben. Einige der Übergabeprobleme (Zerstörung der Siedlungshäuser, Übergabe der Infrastruktur etc.) konnten nach mühsamen Koordinierungsgesprächen zwar gelöst werden. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob einerseits Israel angesichts des militanten Widerstands der Siedler ein geordneter Abzug gelingt und andererseits die PA aufgrund innerpalästinensischer Auseinandersetzungen zu einer friedlichen Übernahme in der Lage ist.

Nach dem geplanten Rückzug Israels aus dem Gazastreifen winken dort allerdings nicht Frieden, Freiheit und Wohlstand. Israel will weiter die völlige Kontrolle behalten: Kein Mensch, keine Waren und Güter, keine Kilowattstunde Strom und kein Kubikmeter Wasser sollen ohne israelische Prüfung in oder aus dem Streifen gelangen können. Wenn nicht besondere Bedingungen geschaffen werden²⁵, sind die wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten deshalb allen Prognosen zufolge eng begrenzt. Die Benennung des ehemaligen Weltbank-Präsidenten James Wolfensohn zum Beauftragten des Quartetts für die wirtschaftliche Entwicklung des Gazastreifens begründet in dieser Hinsicht Hoffnung auf eine Verbesserung der Bedingungen. Immerhin ist es ihm bislang gelungen, grundlegende Voraussetzungen einer ökonomischen Entwicklungsperspektive wie z.B. die Wiedereröffnung des palästinensischen Flughafens, der Bau eines Hafens in Gaza, die Schaffung einer Transitstrecke in die Westbank etc. – für diesen mit ca. 1,5 Millionen Menschen am dichtesten besiedelten Landstrich der Welt wenigstens wieder ins Gespräch zu bringen.

Die israelische Regierung hat im vergangenen Jahr mehrfach deutlich gemacht, dass das wesentliche Motiv für den Abzug die Einfrierung des Friedensprozesses war²⁶. *Gaza only*, nicht etwa *Gaza first* ist ihre Strategie, in der Hoffnung, damit dem Druck auf eine Beendigung der Besetzung in der Westbank zumindest vorläufig ausweichen zu können. Bisher ist nicht erkennbar, dass sich nach dem Abzug aus dem Gazastreifen eine friedenspolitische Dynamik entwickeln könnte, die Israel zu weiteren Zugeständnissen bewegen wird. Im Gegenteil: Der geplante Rückzug hat der israelischen Regierung nicht nur eine Schonzeit im Hinblick auf ihr völkerrechtswidriges Wirken in der Westbank und in Jerusalem, sondern auch freie Hand verschafft.

Auch wenn auf internationaler Ebene noch immer die *road map* als gültiger Fahrplan zum Frieden beschworen und der Gaza-Rückzug sozusagen als Einstieg interpretiert wird, ist doch offensichtlich, dass dieser „Fahrplan zum Frieden“ längst obsolet geworden ist. (Die Errichtung des palästinensischen Staates ist darin z.B. für Ende 2005 (!) vorgesehen.) Nicht nur, weil das *disengagement* von der israelischen Regierung als Alternative zur *road map* intendiert ist, sondern weil auch eine hinsichtlich ihres Zeitplans angepasste *road map* kaum auf Zustimmung der Regierung Sharon treffen würde: Man befindet sich aus israelischer Sicht noch immer in einer „*pre-road-map-Phase*“. Aus diesem Grund existieren nach israelischer Interpretation auch keinerlei Verpflichtungen aus der *road map*, etwa zum Einfrieren der Siedlungstätigkeit, zum Abbau der *outposts* oder zu humanitären Erleichterungen für die Palästinenser. Ein Eintritt in die *road map* kommt erst in Betracht, wenn die

Palästinenser ihre „terroristische Infrastruktur“ zerschlagen haben. Dies festzustellen, unterliegt allerdings – so die israelische Lesart – allein der israelischen Definitionsmacht. Es gehört nicht viel Phantasie dazu sich vorzustellen, dass damit die *road map* in weite Ferne gerückt wird.

Zum anderen sieht der Fahrplan, der immerhin aus dem Jahre 2002 stammt, in seiner zweiten Phase die Entstehung eines zunächst nur vorläufigen palästinensischen Staates vor. Im Augenblick spricht wenig dafür, dass sich mit einem solchen Schritt der Ausbruch einer dritten Intifada wird verhindern lassen. Die palästinensische Seite fordert den baldigen Eintritt in Endstatusverhandlungen, weil nur die Eröffnung einer konkreten politischen Perspektive für einen eigenständigen lebensfähigen palästinensischen Staat das *worst case* Szenario einer dritten Intifada zu verhindern vermag. Dass sich die Errichtung eines palästinensischen Staates nicht von heute auf morgen realisieren lässt, sondern nur schrittweise vollzogen werden kann, ist auch der palästinensischen Führung bewusst. Wesentlich ist die verbindliche Vereinbarung eines Endstatus, der einen palästinensischen Staat und ein Ende der Besatzung vorsieht.

Die palästinensische Führung lehnt deshalb jede Form einer Interimslösung ab, auf die Israel drängt. Wenn die israelische Regierung Konfliktmanagement statt Konfliktlösung fordert, ist die Intention unverkennbar: Alle Interimslösungen haben Israel bisher nicht davon abgehalten, vor allem durch ihre Siedlungspolitik Tat-sachen zu schaffen, die eine Endstatus-Regelung immer schwieriger machen und den palästinensischen Staat in immer weitere Ferne rücken. Der vor dem Hintergrund europäischer Erfahrungen immer wieder unterbreitete –gut gemeinte– Vorschlag eines schrittweisen Vertrauensbildungsprozesses analog der KSZE verkennt, dass gerade diese Überlegungen Grundlage des gescheiterten Oslo-Prozesses waren. Da die israelische Siedlungspolitik jedoch immer auf eine sukzessive Veränderung des *status quo* ausgerichtet ist, schafft ein solches Verfahren Misstrauen statt Vertrauen. Aus palästinensischer Sicht ist deshalb ein Siedlungsstopp *conditio sine qua non* für jede weitere Regelung.

Der Gaza-Rückzug ist tatsächlich ein Modell, doch nicht für eine früher oder später stattfindende Beendigung der Besatzung auch in der Westbank oder etwa einen gerechten und dauerhaften Frieden. Völkerrechtlich stellt er keine Beendigung der Besatzung dar, sondern im Kern eine Truppenverlagerung, da Israel weiterhin die völlige Kontrolle beansprucht. Der Rückzug ist somit vielmehr ein Modell für die unilaterale „Lösung“ des Konflikts. Im Mauerbau und in der ethnischen Trennungspolitik manifestiert sich deutlich die Vorstellung der derzeitigen israelischen Regierung von einer „Friedens“-regelung, die einen palästinensischen Staat von dem Wohlverhalten der Palästinenser abhängig macht. Dessen Gestalt wird vielleicht mit den Amerikanern verhandelt, mit den Palästinensern aber bestenfalls koordiniert. Der israelische *disengagementplan* stellt somit substanziell das Gegenmodell zu „Oslo“ und der *road map* dar. Ein palästinensischer Staat, eingemauert, territorial zerissen und ökonomisch nicht lebensfähig wird jedoch kaum auf Dauer den Frieden in der Region sichern.

3. Gebremster Reformeifer: Entwicklungen in Ägypten und Jordanien

War das Jahr 2004 noch im Kontext amerikanisch-europäischer Initiativen zur Reform in den arabischen Ländern (*Broader Middle East Initiative* etc.) von lebendigen internationalen Debatten über Demokratisierung und Modernisierung des Nahen Ostens geprägt, so wurden die Hoffnungen auf eine baldige „arabische Renaissance“ oder zumindest auf rasche Veränderungen enttäuscht. Es ist fast

allen arabischen Regierungen gelungen, sich dem Reformdruck weitgehend zu entziehen. (Allein die politischen Entwicklungen im Irak und in Libanon stellen Sonderentwicklungen dar.) Zum einen ist dies auf die weiterhin bestehende Schwäche der arabischen Zivilgesellschaften zurückzuführen, zum anderen auf die wenig konsistente Politik von G 8, NATO, USA und EU, die ihren vielen Worten in diversen Erklärungen wenig Taten folgen ließen. Solange „der Westen“ im eigenen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interesse freundschaftliche Beziehungen zu autokratischen und diktatorischen Regimen pflegt und nach lediglich medial wirksamen „Reforminitiativen“ doch wieder zum *business as usual* zurückkehrt, mangelt es ihm an politischer Glaubwürdigkeit. Der jüngste *Arab Human Development Report (AHDR) 2004*²⁷ verweist in diesem Zusammenhang mit Blick auf die israelische Besetzung der palästinensischen Gebiete und die amerikanische Invasion des Irak auf das „restriktive regionale und internationale Umfeld“: „Sowohl die Reforminitiativen, die ihren Ursprung in der Region hatten, als auch die von außerhalb, wurden in einem internationalen und regionalen Zusammenhang initiiert, der sich als fortschrittshemmend erwies.“²⁸

Trotz dieser internationalen und regionalen Entwicklung, die von einer Vertiefung der arabischen Entwicklungskrise begleitet wird, bleibt unverkennbar, dass die regionale Debatte über demokratische Reformen seit dem *Arab Human Development Report 2003*²⁹ an Intensität gewonnen hat. Allgemein ist jedoch keine grundlegende Verbesserung im Hinblick auf die menschliche Entwicklung festzustellen. Der jüngste AHDR spricht von gravierenden Defiziten und Rückschlägen in Sachen Demokratie und *Good Governance* und mahnt: „Eine umfassende gesellschaftliche Reform in den arabischen Ländern darf nicht länger durch das Festhalten an partikulären Interessen aufgeschoben oder verlangsamt werden.“

3.1. Reformen auf Sparflamme: Das ägyptische „Modell“

Genau dies geschieht z.B. in Ägypten: Die autokratische Herrschaft des ägyptischen Präsidenten Mubarak gerät immer mehr unter Reformdruck und versucht einerseits, flexibel auf den Druck von außen zu reagieren, andererseits begegnet sie wachsender innenpolitischer Opposition wieder zunehmend repressiv. Veränderungen scheinen derzeit vor allem darauf ausgerichtet, das spezifisch „ägyptische Modell“ eines „Demokratisierungs“-Prozesses in einer Weise zu konkretisieren, die auf jeden Fall die dominante Stellung des Präsidenten und seiner *National Democratic Party (NDP)* nicht gefährdet. Über allen Veränderungen schwebt die Frage, ob Mubarak eine zukünftige Präsidentschaft seines Sohnes Gamal vorbereitet, der zunehmend an Macht und Einfluss gewinnt und als Nachfolger aufgebaut wird. Ob der Mubarak-Familie eine derartige „Dynastisierung“ ihrer Herrschaft gelingen wird, bleibt abzuwarten. Zumindest derzeit wird davon ausgegangen, dass sich der Sohn wahrscheinlich noch etwas gedulden muss, da der Vater im Herbst höchst selbst zur Wiederwahl antreten wird.

Ökonomische Stagnation, das nahende Ende der vierten Amtszeit des Präsidenten Mubaraks im Oktober 2005, die seit 23 Jahren gültigen Notstandsgesetze und fort-dauernde Menschenrechtsverletzungen³⁰, internationaler Druck und mangelnde Reformbereitschaft der Regierung Mubaraks haben im letzten Jahr in Ägypten für harte Auseinandersetzungen um politische Reformen gesorgt. Die zunehmende Kritik an Premierminister Atef Ebeid veranlasste Mubarak im Juli 2004, personelle Veränderungen im Kabinett vorzunehmen. Zwar wechselte er nur 14 seiner 29 Minister aus, der Personalwechsel trug jedoch die Handschrift von Gamal Mubarak, dem Sohn des ägyptischen Präsidenten. Dieser repräsentiert die sogenannte „junge Garde“ der Regierungspartei NDP, junge Technokraten mittleren Alters mit unternehmerischen und akademischen Hintergrund. Sie

stehen zumindest für liberale ökonomische Reformen. Erwartungsgemäß räumte das neue Kabinett dann auch wirtschaftlichen Reformen oberste Priorität ein, womit sich die Hoffnung auf einen politischen Frühling innerhalb der NDP nicht erfüllte. Mit einer deutlichen Absage an die Forderungen der Opposition nach einer Verfassungsänderung zugunsten einer demokratischen und direkten Präsidentenwahl und die Aufhebung der Notstandsgesetze auf dem NDP-Parteitag am 21. September 2004 beendete Mubarak alle Spekulationen auf eine Öffnung, die nach seiner Teilnahme an der Reform-Konferenz in Alexandria im März 2004³¹ aufgekommen waren.

Allerdings unterschätzte Mubarak die Opposition. Die zunehmenden Krisenerscheinungen des politischen Systems Ägyptens brachten das Oppositionsbündnis *Kifaya* („Genug“) hervor. Ursprünglich als Protestbewegung gegen die anhaltende Besetzung in den palästinensischen Gebieten gegründet, forderten islamistische, liberale, sozialistische und nasseristische Gruppierungen und Parteien einig wie nie zuvor demokratische Verfassungsreformen und eine Begrenzung der Amtszeiten Mubaraks. Einen großen Erfolg konnten oppositionelle Kräfte mit der offiziellen Zulassung der liberalen Partei *Al-Ghad* („Der Morgen“) am 27. Oktober 2004 verbuchen. Damit war *Al-Ghad* die erste Partei, die seit 2001 offiziell zugelassen wurde. Ihr prominentestes Gründungsmitglied ist der unabhängige Parlamentsabgeordnete Ayman Nour, der kurz darauf auch zur Leitfigur der Demokratiebewegung avancierte. Die Auseinandersetzungen zwischen Regierung und *Kifaya* eskalierten jedoch Anfang 2005, als das Bündnis eine breit angelegte Kampagne für eine Änderung des Artikels 76 durchführte, der die Regelungen zur Präsidentschaftswahl beinhaltet. Am 29. Januar 2005 erfolgte die Verhaftung Ayman Nours.

Zu diesem Zeitpunkt verstärkte sich die Kritik der amerikanischen Regierung. Hatte Bush schon seit Mitte 2004 im Rahmen seiner *Greater Middle East Initiative* demo-kratische Reformen in Ägypten angemahnt, so kam es nun zu einem offenen Disput zwischen Mubarak und der Bush-Administration. Der internationale Druck wirkte zunächst unterstützend für die Oppositionsbewegung, obwohl diese sich mehrheitlich von ausländischem Einfluss distanzierte. Die NDP antwortete darauf ambivalent: zum einen mit verstärkten Repressionen und zum anderen mit Gesprächsangeboten an die Oppositionsparteien über mögliche Verfassungsänderungen. Ende Februar kündigte Mubarak einen Entwurf für eine Verfassungsänderung an, über den in einem Referendum entschieden werden sollte. *Kifaya* lehnte den Gesetzesentwurf ab. Während nach geltendem Recht das von der NDP dominierte Parlament einen Präsidentschaftskandidaten bestimmt, der sich dann in einem Referendum zur Wahl stellt, sieht Mubaraks Vorschlag prinzipiell die Möglichkeit mehrerer Kandidaten vor. Allerdings ist eine solche Kandidatur mit schier unüberwindlichen Hürden für unabhängige Kandidaten verbunden. Während für Parteikandidaten der NDP keinerlei Vorbedingungen gelten, müssen Unabhängige sich die Zustimmung von mindestens 250 Abgeordneten des Unterhauses und der Regionalparlamente, die fast ausschließlich von NDP dominiert werden, einholen. Dadurch ist ein freier, fairer und demokratischer Wettbewerb nahezu ausgeschlossen.

Die Opposition, darunter auch die einflussreiche Muslimbrüderschaft, rief zum Boy-kott des Referendums am 25. Mai 2005 auf. Im Vorfeld des Referendums kam es zu schweren Übergriffen auf Anhänger der Opposition durch die Polizei. Nach offiziellen Angaben nahmen 54 % der 32 Millionen registrierten Wähler an der Abstimmung teil. 82,9 % der WählerInnen stimmten für die Verfassungsänderung. Während die Regierung dies als Bestätigung für ihren dem ägyptischen Modell angemessenen de-mokratischen Reformprozess sah, warf die Opposition Mubarak Wahlbetrug vor. International wurde das Ergebnis nicht in Frage gestellt. Auch

wenn die NDP dieses Referendum als einen Etappensieg für sich verbuchen kann und es sehr wahrscheinlich ist, dass Mubarak angesichts der institutionellen Hürden für einen Gegenkandidaten eine weitere Amtszeit bis 2011 antreten kann, wird die Debatte und Auseinandersetzung um die demokratischen Reformen in Ägypten zumindest in naher Zukunft weitergehen. Dafür wird die wachsende Opposition sorgen, der bisher allerdings die breite Unterstützung der Bevölkerung fehlt .

Kurz nach dem Referendum kam es zu Gründung mehrerer neuer Oppositionsbündnisse, zu denen nicht nur zivilgesellschaftliche und parteipolitische Gruppen zählen. Anfang Juni schlossen sich auch die Magistrate verschiedener Städte zusammen, um die richterliche und akademische Unabhängigkeit von der Exekutive einzufordern. Ob sich aus diesen Ansätzen eine kraftvolle Bewegung entwickeln kann, die den notwendigen Druck zur Durchsetzung von Reformen mit sich bringt oder ob die Fragmentierung der Gruppe zu ihrer politischen Bedeutungslosigkeit führt, kann derzeit noch nicht prognostiziert werden.

3.2. Im Schatten:

Die aufgeklärte Monarchie der Haschemiten in Jordanien

Auch in Jordanien ging wie in den Jahren zuvor die Diskussion um Reform und Demokratisierung weiter. Die Fronten der Auseinandersetzung verlaufen jedoch anders als in Ägypten und anderen arabischen Ländern im Maschreq: Der aufgeklärte Monarch wird in seinem „reformerischen Übereifer“ nicht selten von konservativen Kräften im Parlament gebremst. Gleichzeitig werden jedoch Opposition und Reformen, die das System in Frage stellen, unnachgiebig bekämpft.

Im April 2004 hatte Premierminister Faisal Fayez sechs Monate nach seiner Ernennung ein Reformprogramm vorgelegt. Auf der Agenda standen u.a. die Überarbeitung von 20 Gesetzen bis 2006, eine aktive Jugendpolitik, die Garantie der Pressefreiheit und eine Wahlrechtsreform. Die Reformen berührten in vielen Fragen die Grundlagen des patrimonialen Herrschaftssystems des haschemitischen Königreiches. Einflussreiche tribale Kräfte und eine konservative Administration, die die Hauptstütze der haschemitischen Herrschaft darstellen, zeichnen sich jedoch nicht durch ein großes Interesse an weitgehenden Veränderungen aus. Eine Reform des bisherigen Wahlrechts, das tribale, konservative Strukturen gegenüber palästinensisch-urbanen Kreisen begünstigt und in dem Parteien keine nennenswerte Rolle spielen, könnte die Machtbasis der politischen Klasse und des Königshauses in Frage stellen. Auch würde eine Stärkung des palästinensischen Bevölkerungsanteils, der ca. 60 Prozent beträgt, zu einer für die jordanische Elite gefährlichen Debatte über nationale Identität führen.

Schon fünf Monate später geriet das Reformprogramm ins Stocken und gab es erste personelle Veränderungen im Kabinett. Persönliche Differenzen innerhalb des Kabinetts und in der Beziehung zum Unterhaus machten Probleme bei der Umsetzung des Reformprogramms deutlich. Ihm wurde jedoch nicht völlig abgeschworen: Durch die Einbeziehung der Zivilgesellschaft sollte der öffentliche Sektor demokratischer und transparenter gestaltet werden. Nach dem erfolgreichen *Jordan Family Protection Project*, das mehrere frauenrechtlich orientierte NGOs wie die *Jordanian's Women Union* in Zusammenarbeit mit der Polizei durchführten, um Frauen Schutz vor Gewalt in Frauenhäusern zu gewähren, beauftragte König Abdullah z.B. mehrere Kabinettsmitglieder und Parlamentsabgeordnete, einen Gesetzesentwurf für die Einrichtung von Frauenhäusern zu schaffen.

Jedoch bediente sich die Regierung auch autoritärer Instrumente. Ein Gesetzesentwurf für Wohlfahrtsorganisationen sollte das Verhältnis von Staat und sozial engagierten NGOs neu regeln. Er sah eine Ausweitung der staatlichen

Kontrolle über Wohlfahrtsorganisationen mittels strengeren Registrierungs Vorschriften vor. Auch eskalierte Ende Januar 2005 ein lange schwelender Konflikt zwischen den Berufsverbänden und der Regierung. Seit Mitte der neunziger Jahre engagieren sich die von linken und islamistischen Kräften bestimmten Verbandsvorstände gegen den Friedensvertrag Jordaniens mit Israel und die Politik der USA gegenüber dem Irak. Einerseits ist das haschemitische Königreich wesentlich von ausländischen Geldgebern, insbesondere den USA, abhängig, andererseits ist jedoch eine neutrale Haltung gegenüber der Politik der USA im Nahen Osten innenpolitisch nicht sehr populär. Als der jordanische Ingenieursverband im Januar ein USA-kritisches Seminar zu den Parlamentswahlen im Irak abhalten wollte, löste die Polizei die Veranstaltung mit Gewalt auf. Innenminister Habashneh präsentierte kurz darauf einen Gesetzentwurf, der das Verbot politischer Aktivitäten und neue Eingriffsmöglichkeiten des Staates in die internen Entscheidungsstrukturen der Berufsverbände vorsah. Dieser wurde allerdings Mitte März im Parlament abgelehnt.

Auch in den arabischen Nachbarstaaten stieß die moderate Haltung Jordaniens gegenüber den USA und Israel nicht immer auf ungeteilte Zustimmung. Ende März sorgte Außenminister Hani al-Mulki mit einem Friedensangebot, das auf die saudische Friedensinitiative von 2002 zurückgeht und Israel für die Rückgabe der 1967 eroberten Gebiete Frieden mit 21 arabischen Staaten anbietet, für Verstimmung bei den Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga. Auch kam es zum Disput mit der irakischen Regierung über die Frage der Terrorbekämpfung an der jordanisch-irakischen Grenze. Diese außenpolitischen Auseinandersetzungen, der Konflikt mit den Berufsverbänden, der mangelnde Fortschritt in der Reformagenda und Druck von Seiten der USA, den Reformprozess zu beschleunigen, führten Anfang April 2005 zu einer Absetzung des Kabinetts durch König Abdullah.

Kurz darauf präsentierte der Monarch den reformorientierten Wissenschaftler Adnan Badran als neuen Premierminister. Der größte Teil des Kabinetts wurde ausgetauscht und mit ebenfalls reformorientierten Ministern besetzt. Doch das Unterhaus lehnte erstmalig in der Parlamentsgeschichte Jordaniens das neue Kabinett ab. Vornehmlich Abgeordnete aus dem Süden kritisierten die mangelnde Berücksichtigung wichtiger Familien aus ihrer Region bei der Regierungsumbildung. Damit zeigte sich wieder der starke Einfluss konservativer und tribaler Eliten im patrimonialen System Jordaniens. König Abdullah berief angesichts der Regierungskrise eine Kommission ein, die bis zum Herbst 2005 eine Reformagenda erarbeiten soll. Bis dahin sind sämtliche Gesetzesvorhaben auf Eis gelegt.

Das Changieren zwischen ambitionierten Reformprojekten und repressiven Maßnahmen - die jüngsten Menschenrechtsberichte über Jordanien verzeichnen kaum Verbesserungen³² - wirft ein Schlaglicht auf die komplexen innenpolitischen Konfliktlinien und widerstreitenden Interessen in der haschemitischen Monarchie. Reformen sollen nach den Vorstellungen des Königs durchaus die Lebenssituation der Bevölkerung verbessern, doch dürfen sie das bestehende System nicht grundlegend gefährden. Dass die Grenzen derartiger Reformvorhaben von einer einflussreichen konservativen Klasse in Verwaltung und Parlament zum Teil viel enger gezogen werden, führt den König in einen Zweifrontenkrieg gegen konservative Bewahrer einerseits und fortschrittliche Reformer andererseits. Auf der anderen Seite hat die Debatte um politische Neuerungen oft vordergründigen Charakter: Mit den häufigen Kabinettswechseln wird ein „Elitenkarussell“ betrieben, bei dem für die Wahl von Ministern oft die tribale Herkunft und der regionale Proporz wichtiger ist als die politische Haltung. Man kann durchaus von einer „Retribalisierung“ der jordanischen Innenpolitik sprechen. Zudem werden widerstrebende politische

Kräfte in das Herrschaftssystem des Königshauses eingebunden und damit „domestiziert“ („elimination by participation“).

„Eingeklemmt“ zwischen den Konfliktherden Irak und Palästina werden Jordanien außerdem nicht nur außenpolitische Gratwanderungen abverlangt, sondern die schwierige geopolitische Lage bleibt auch nicht ohne Auswirkungen auf die innenpolitische Situation. Bisher steuert König Abdullah -als aufgeklärter Monarch im Rahmen eines kontrollierten parlamentarischen Systems weitgehend erfolgreich - einen Kurs der Einbindung möglichst vieler oppositioneller Kräfte linker wie islamistischer Provenienz.

4. Ausblick

23 Jahre nach der israelischen Rückgabe des Sinai und der Evakuierung dort errichteter jüdischer Siedlungen sowie 38 Jahre nach Verabschiedung der UN-Resolution 242 vom Oktober 1967, die Israel zum Rückzug aus (den) besetzten Gebieten auffordert, steht nun der zweite Teil ihrer immer noch unvollständigen Implementierung auf der politischen Tagesordnung. Diese zeitgeschichtliche Perspektive macht deutlich, welche historische Bedeutung der israelische Rückzugsplan hat. Wer im Angesicht der jüngsten Entwicklungen dennoch vorsichtige Hoffnung äußert, sollte auf jeden Fall nicht davon ausgehen, dass der Frieden im Nahen Osten nur weiteren geduldigen Wartens bedarf. Eine Analyse der Situation zeigt, dass gewisse politische Entwicklungen die friedliche Regelung des Konfliktes eher in weite Ferne zu rücken drohen. Der Blick auf den Nahen Osten wird sich im zweiten Halbjahr 2005 voraussichtlich auf den israelischen Rückzug aus dem Gazastreifen und auf die Aufgabe von jüdischen Siedlungen fokussieren. Vor dem Hintergrund eines fragilen „Waffenstillstandes“ zwischen Israel, der palästinensischen Autonomiebehörde und den palästinensischen militanten Gruppierungen und des heftigen, teilweise gewalttätigen Widerstands der jüdischen Siedler gegen den Abzug können gegenwärtig keine Prognosen bezüglich der planmäßigen Durchführbarkeit dieses Schrittes getroffen werden. Die Bemühungen der Beteiligten bedürfen auch der internationalen Unterstützung, um eine geordnete Übergabe des Gazastreifens an die Palästinenser zu ermöglichen. Insbesondere auf palästinensischer Seite hat sich die nach dem Tod Yassir Arafats neu gebildete palästinensische Führung noch nicht so weit konsolidiert, dass eine reibungslose „Regierungsübernahme“ gesichert erscheint.

Der innerpalästinensische Reform- und Demokratisierungsprozess wird trotz erheblicher interner Widerstände, Rivalitäten und Auseinandersetzungen über den zukünftigen politischen Kurs fortgesetzt werden müssen, um eine weitere Verschlechterung der Lebensverhältnisse der Palästinenser in der Westbank und im Gazastreifen zu verhindern. Dies wird auf Dauer jedoch nur gelingen, wenn auch die internationale Gemeinschaft Israel mit Nachdruck auffordert, seinen Teil zur Verbesserung der Lage der okkupierten palästinensischen Bevölkerung beizusteuern. Der palästinensische Präsident Mahmoud Abbas wird sich mit seinem Verhandlungs- und Demokratisierungskurs nur durchsetzen können, wenn durch internationalen Druck auch Israel zu Zugeständnissen bewegt werden kann. Der Reform- und Demokratisierungsprozess der Region bleibt auch in Zukunft eng mit den Entwicklungen bei den Friedensverhandlungen verknüpft.

Grund zur Sorge liefert die Tatsache, dass nach dem erfolgten Gaza-Rückzug eine „Atempause“ im Friedensprozess ausgerufen wird. Da es gegenwärtig nicht so scheint, dass sich aus den Rückzugsplänen der Regierung Sharon entgegen den Intentionen seines Urhebers eine politische Dynamik von einem *Gaza only* hin zu einem *Gaza first* mit dem Ziel der baldigen Beendigung der israelischen Besatzung entwickeln könnte, ist durchaus das folgende *worst case* Szenario denkbar: Die ungebremsete israelische Politik des Siedlungs- und Mauerausbaus und der ethnischen Trennung auf der Westbank sowie die weitere

Verschlechterung der politischen und ökonomischen Perspektiven für die Palästinenser untergraben nicht nur die politische Legitimation von Abu Mazen, sondern führen auch zu einem Zusammenbruch des Waffenstillstands und in eine dritte Intifada.

Im Idealfall erinnert sich die internationale Gemeinschaft im Herbst/Winter an fort-bestehendes Völkerrecht, an die noch immer ausstehende Erfüllung der Resolution 242, die Menschenrechte und das so häufig bekräftigte Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes und setzt sich nach 38 Jahren für eine Beendigung der Besatzung und die Errichtung eines lebensfähigen palästinensischen Staates ein, dessen Grenzen als Ergebnis von Verhandlungen definiert werden. Eine Regelung allein den Konfliktparteien zu überlassen erlaubt die Asymmetrie des Konflikts nicht, da internationales Recht unter die Räder geraten würde.

Zudem würde ein internationaler Einsatz für eine friedliche Regelung des Nahostkonflikts nicht nur die Glaubwürdigkeit vieler westlicher Staaten erhöhen, sondern auch eine erhebliche Unterstützung für die Reformbemühungen demokratischer und fortschrittlicher Kräfte besonders in der palästinensischen Gesellschaft, aber auch in anderen arabischen Ländern bedeuten. Reform und Demokratie werden auch in den nächsten Jahren die innenpolitischen Debatten in vielen arabischen Ländern bestimmen, wenn auch nicht davon auszugehen ist, dass in absehbarer Zeit die autoritären bis diktatorischen Regime in der Region dem Reformdruck nachgeben werden. Wahrscheinlich ist eher, dass sie weiterhin flexibel auf Reform- und Demokratisierungsforderungen reagieren und gleichzeitig die Sicherung der eigenen Interessen die Grenzen jeder Reform bestimmen werden. Da nicht zu erwarten ist, dass die westlichen Industriestaaten den nahöstlichen Regimen die Unterstützung entziehen werden, erfordern die oft nur quälend langsamen Fortschritte, die endogene Reformkräfte erkämpfen, einen langen Atem. Wandel und Veränderung werden nur durch eine nachhaltige Unterstützung dieser Kräfte zu erzielen sein.

¹ After Arafat? Challenges and Prospects, Middle East Briefing N°16, 23 December 2004, International Crisis Group, <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=3197&l=1>; Agha/Robert Malley (2005), The Last Palestinian, in The New York Review of Books, 10, Feb. 2005; <http://www.nybooks.com/articles/17716>; vgl. auch Christian Sterzing, taz vom

² Who Governs the West Bank? Palestinian Administration under Israeli Occupation, Middle East Report N°32, 28 September 2004, International Crisis Group, <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=3034&l=1>

³ vgl. z.B. den Bericht der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem: One Big Prison: Freedom of Movement to and from the Gaza Strip on the Eve of the Disengagement Plan, Joint Report, March 2005, http://www.btselem.org/Download/200503_Gaza_Prison_English.doc

⁴ vgl. dazu Israeli Committee Against House Demolitions: <http://www.icahd.org/eng/>; Bericht der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem: Through No Fault of Their Own: Israel's Punitive House Demolitions in the al-Aqsa Intifada, Information Sheet, November 2004,

http://www.btselem.org/download/200411_Punitive_House_Demolitions_Eng.doc; siehe auch den Bericht von amnesty international: Israel and the Occupied Territories, Under the rubble: House demolition and destruction of land and property, <http://web.amnesty.org/library/index/engmde150332004>; zur Menschenrechtssituation allgemein: Annual report: Israel and the Occupied Territories 2005, <http://web.amnesty.org/report2005/isr-summary-eng>,

⁵ vgl. z.B. den Bericht der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem: LAND GRAB - Israel's Settlement Policy in the West Bank, May 2002, http://www.btselem.org/Download/200205_Land_Grab_Eng.doc

⁶ vgl. z.B. den Bericht der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem: Not All it Seems: Preventing Palestinians Access to their Lands West of the Separation Barrier in the Tulkarm-Qalqiliya Area, Information Sheet, June 2004, http://www.btselem.org/Download/200406_Qalqiliya_Tulkarm_Barrier_Eng.Doc; Behind The Barrier: Human Rights Violations As a Result of Israel's Separation Barrier, Position Paper, April 2003, http://www.btselem.org/Download/200406_Qalqiliya_Tulkarm_Barrier_Eng.Doc; umfangreiche Informationen zum Bau der Trennungsmauer/Sperranlage sind zu finden: aus palästinensischer Sicht http://www.nad-plo.org/listing.php?view=palisraeli_wall; aus israelischer Sicht:

<http://www.securityfence.mod.gov.il/Pages/ENG/default.htm>; vgl. Bericht des UN-OCHA Büros für die Besetzten Gebiete: The Humanitarian Impact of the West Bank Barrier on Palestinian Community - A report to the Humanitarian Emergency Policy Group (HEPG), compiled by the United Nations Office for Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA) and the United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees (UNRWA) in the occupied Palestinian territory, March 2005 <http://www.humanitarianinfo.org/opt/>; zur völkerrechtlichen Beurteilung der Mauer vgl. amnesty international: Israel and the Occupied Territories: The place of the fence/wall in international law, <http://web.amnesty.org/library/index/engmde150332004>

⁷ vgl. z.B. den Bericht der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem: Take No Prisoners - The Fatal Shooting of Palestinians by Israeli Security Forces during "Arrest Operations", May 2005, <http://www.btselem.org/English/Publications/Index.asp>; Akiva Eldar, An ill wind is blowing, in: Haaretz 21.6.2005 (English Edition)

⁸ HUMAN RIGHTS WATCH, Israel/Occupied Territories: Human Rights Concerns for the 61st Session of the U.N. Commission on Human Rights, <http://hrw.org/english/docs/2005/03/10/isrlpa10290.htm>; vgl. auch den Jahresbericht Israel und die besetzten Gebiete 2004 von amnesty international, <http://www2.amnesty.de/internet/deall.nsf/51a43250d61caccfc1256aa1003d7d38/fd37cc91ee9c3257c1256e9e00300551?OpenDocument>

⁹ The World Bank: Four Years - Intifada, Closures and Palestinian Economic Crisis: An Assessment, Nov. 22, 2004, <http://siteresources.worldbank.org/INTWESTBANKGAZA/Resources/wbgaza-4yrassessment.pdf>; The World Bank: POVERTY IN THE WEST BANK AND GAZA AFTER THREE YEARS OF ECONOMIC CRISIS, <http://siteresources.worldbank.org/INTWESTBANKGAZA/Resources/wbgaza-povertyaftereconcrisis.pdf>

¹⁰ Mit dem Vollzug von vier Todesurteilen – den ersten seit August 2002 - wurde trotz internationaler Proteste am 12.6. 2005 der fast verzweifelte Versuch unternommen, Stärke und Entschlossenheit der PA bei der Durchsetzung von Sicherheit und Ordnung zu demonstrieren. Vgl. dazu die *Urgent Action* von *amnesty international*, <http://www2.amnesty.de/internet/deall.nsf/51a43250d61caccfc1256aa1003d7d38/56012c364c8e292ac12570200057950f?OpenDocument>.

¹¹ Vgl. zur allgemeinen Menschenrechtssituation unter der PA auch den Jahresbericht Palästinensiche Autonomiegebiete 2004 von *amnesty international*, <http://www2.amnesty.de/internet/deall.nsf/51a43250d61caccfc1256aa1003d7d38/9e4807e1a51130f6c1256e9e0031fcbd?OpenDocument>; der jüngste Bericht von *amnesty international* liegt nur in Englisch vor: *Annual Report Palestinian Authority 2005*, <http://web.amnesty.org/report2005/pse-summary-eng>

¹² vgl. im einzelnen Hussein Agha/Robert Malley (2005), The Lost Palestinians, in: The New York Review of Books, 9 June 2005, <http://www.nybooks.com/articles/18035>

¹³ vgl. eingehend: International Crisis Group, Dealing With Hamas, Middle East Report N°21, 26 January 2004, <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=2488&l=1>; Hussein Agha/Robert Malley (2005 a), The Lost

Palestinians, in: The New York Review of Books, 9 June 2005, <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=3446&l=1>; auch Hussein Agha/Robert Malley (2005 b), Now Hamas must come into its own, in: The Guardian, 18 May 2005, <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=3452&l=1>

¹⁴ Im Artikel 32 ihres Programms (1988) bezieht sich *Hamas* ausdrücklich auf das antisemitische Pamphlet „Protokolle der Weisen von Zion“

¹⁵ vgl. dazu diverse Beiträge über „Antisemitismus und Nahostkonflikt“ in: *israel & palästina*, Zeitschrift für Dialog, Heft 3/2004; ferner Matthias Küntzel (2003), *Djihad und Judenhass. Über den neuen antijüdischen Krieg*, Freiburg; und Michael Kiefer (2002), *Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften. Der Palästina-Konflikt und der Transfer eines Feindbildes*, Düsseldorf

¹⁶ Auch für die Kommunalwahlen war eine Frauenquote eingeführt worden: Mindestens 2 Frauen sollten in jedem Stadt- oder Gemeinderat vertreten sein (unabhängig von seiner Größe zwischen 9 und 15 Abgeordneten). Dies hat bislang zu etwa 17 % weiblicher Mandatsträger geführt.

¹⁷ The Cabinet Resolution Regarding the Disengagement Plan, 6 Jun 2004, <http://www.mfa.gov.il/MFA/Peace+Process/Reference+Documents/Revised+Disengagement+Plan+6-June-2004.htm>

¹⁸ vgl. dazu den Jahresbericht 2004, S. 10

¹⁹ Rechtsgutachten des IGH vom 9. Juli 2004: Advisory Opinion on the Legal Consequences of the Construction of a Wall in the Occupied Palestinian Territory (International Court of Justice, July 9, 2004), <http://www.icj-cij.org/icjwww/idocket/imwp/imwpframe.htm>; vgl. zu den israelischen Stimmen und Reaktionen: <http://www.securityfence.mod.gov.il/Pages/ENG/news.htm#news27>; zur völkerrechtlichen Beurteilung vgl. auch: Full Legal Analysis on Israel's Wall – A Challenge to Law and Human Rights (International Commission of Jurists, Geneva), <http://www.nad-plo.org/palisraeli/wall/primary/walllawhr.pdf>; http://www.nad-plo.org/listing.php?view=palisraeli_wall_primary

²⁰ vgl. Dazu auch den politischen Jahresbericht 2003-2005, S. 7

²¹ Beschluss der UN-Generalversammlung vom 21. Oktober 2003 (A/RES/58/3), <http://www.nad-plo.org/palisraeli/wall/primary/unwall.pdf>

²² Urteil des Obersten Gerichtshofes vom 30.6.2005, <http://www.nad-plo.org/palisraeli/wall/primary/israelid.pdf> (Englisch);

²³ vgl. dazu z.B. Brooks/Nasrallah/Khamaisi/Ghazaleh (2005), *The Wall of Annexation and Expansion: Its Impact on the Jerusalem Area* (International Peace and cooperation Center), Jerusalem; *The Wall in Palestine – Facts, testimonies, Analysis and Call to Action* (Palestinian Environmental NGOs Network – PENGON), Jerusalem 2003; Jeff Halper (2004), *Obstacles to Peace – A Re-Framing of the Palestinian-Israeli Conflict*, Jerusalem (2nd Edition); Eyal Ofer (2004), *Israel-Palästina: Die Mauer, Dreieich*

²⁴ vgl. dazu den Politischen Jahresbericht 2003-2004 S. 9

²⁵ The World Bank, Disengagement, the Palestinian Economy and the Settlements, June 23, 2004, [http://lnweb18.worldbank.org/mna/mena.nsf/Attachments/Disengagement+Paper/\\$File/Disengagement+Paper.pdf](http://lnweb18.worldbank.org/mna/mena.nsf/Attachments/Disengagement+Paper/$File/Disengagement+Paper.pdf)
The World Bank: Stagnation or Revival? Israeli Disengagement and Palestinian Economic Prospects Dec. 2, 2004; <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/MENAEXT/WESTBANKGAZAEXTN/0,,contentMDK:20209926~pagePK:141137~piPK:217854~theSitePK:294365,00.html>

²⁶ vgl. z.B. das Interview Ariel Scharons vom 15. September 2004 in der israelischen Tageszeitung *Jediot Acharonot* und das seines engsten politischen Beraters Dov Weisglass in der israelischen Tageszeitung *Haaretz* vom 8. Oktober 2004

²⁷ Arab Human Development Report 2004, Towards Freedom in the Arab World (veröffentlicht 2005), <http://www.rbas.undp.org/ahdr2.cfm?menu=12>; siehe auch die deutsche Kurzfassung: Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2004: Auf dem Weg in die Freiheit in der arabischen Welt, Berlin 2005 (Hrsg von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen), www.dgyn.de

²⁸ dtische Kurzfassung (siehe Fußnote 27) S. 4; zur innerarabischen Debatte vgl auch „Aus arabischen Medien – Gesellschaftskritische Stimmen im Nahen und Mittleren Osten“hrdg. Von memri (Middle East Media Research Institute); www.memri.de / www.memri.org

²⁹ Arab Human Development Report 2003 – Building a Knowledge Society, <http://www.rbas.undp.org/ahdr2.cfm?menu=9>

³⁰ Jahresbericht Ägypten 2004 von amnesty international (Deutsch), <http://www2.amnesty.de/internet/deal1.nsf/51a43250d61caccfc1256aa1003d7d38/b64cac142bd868ecc1256e9e002e91b9?OpenDocument>; vgl. auch den jüngsten *annual report* 2005 (Englisch) von amnesty international, <http://web.amnesty.org/report2005/egy-summary-eng>

³¹ Vom 12. bis 14. März fand in der Bibliothek von Alexandria eine Konferenz arabischer Intellektueller unter dem Thema *Arab Reform Issues: Vision and Implementation* statt, zu der Präsident Mubarak als Gastredner eingeladen wurde. Es wurde eine reformorientierte Erklärung von Alexandria verabschiedet, vgl. <http://www.islamonline.net/English/News/2004-03/15/article05.shtml>

³² vgl. dazu den Jahresbericht Jordanien 2004 von amnesty international (Deutsch), <http://www2.amnesty.de/internet/deall.nsf/51a43250d61cacfc1256aa1003d7d38/29c30b25d3614145c1256e9e00308a16?OpenDocument>; vgl. auch den jüngsten *annual report 2005* (Englisch) von *amnesty international*, <http://web.amnesty.org/report2005/jor-summary-eng>.